

VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND-PFALZ – VVR –

RUNDSCHREIBEN

Rdschr. Nr. 3/10 vom 20. Dezember 2010

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

wie üblich ist das letzte Rundschreiben des Jahres dem Rückblick auf Aktivitäten unserer Vereinigung im letzten Vierteljahr des zu Ende gehenden Jahres gewidmet, verbunden mit einem ersten Ausblick auf das kommende Jahr.

- I. Unsere diesjährige **Mitgliederversammlung** fand **am 28. Oktober 2010 im Scheffelsaal des Saalbaus der Stadt Neustadt an der Weinstraße** statt. Das Vormittagsprogramm war dem Thema **"Richterliche Berufsethik"** gewidmet. Als Gäste konnten wir aus dem Justizministerium Frau Staatssekretärin Reich, die auch ein Grußwort an uns richtete, und die neue Abteilungsleiterin der Zentralabteilung, Frau Leitende Ministerialrätin Molka, begrüßen; als Vertreter anderer Richterverbände nahmen das Präsidiumsmitglied des Landesverbandes des Deutschen Richterbundes, Frau DirAG Dr. Schaeffer, und der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter, Herr RFG Weirich, am Vormittagsprogramm teil. Unser Gastreferent Herr Wingefeld, Richter am Amtsgericht Trier und Benediktinermönch, führte uns in einem Impulsreferat die Grundlagen richterlicher Berufsethik noch einmal vor Augen. Im Anschluss an die Vorstellung und Erläuterung der "Mainzer Erklärung zur richterlichen Ethik" durch die Präsidentin des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße, Frau Faber-Kleinknecht, leitete Herr Wingefeld zu einer Diskussion von Fragen richterlicher Berufsethik anhand von Fallbeispielen – vornehmlich aus dem Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit – über, die sich bald recht lebhaft mit Wortmeldungen zahlreicher Kolleginnen und Kollegen entwickelte. Das Thema bot reichlich Stoff für weitere Gespräche beim anschließenden gemeinsamen Mittagessen im nahegelegenen "Ramada Hotel", wo für uns ein sehr reichhaltiges und auch qualitativ ansprechendes Buffet bereitstand. Im vereinigungsinternen Teil der Mitgliederversammlung am frühen Nachmittag stand die Neuwahl des Vorstands im Mittelpunkt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden in geheimer Wahl mit guten Ergebnissen in ihren Ämtern bestätigt, ebenso die Ersatzmitglieder in offener Abstimmung, wobei hier mit Herrn RVG Ermlich ein neues Ersatzmitglied aus dem Bereich des VG Mainz gewählt wurde. Die Abstimmungsergebnisse im Einzelnen, aber auch Informationen über die Berichte des Vorsitzenden und des Kassenwarts sowie die weiteren am Nachmittag geführten Diskussionen entnehmen Sie bitte

der von Frau Richterin Lechowicz gefertigten ausführlichen Niederschrift der Mitgliederversammlung, die inzwischen in unsere Homepage (www.vvr-rp.de) unter "Dokumentation" eingestellt wurde. Im Rahmenprogramm standen Führungen durch die neugestaltete Ausstellung im Hambacher Schloss und das Eisenbahnmuseum Neustadt an der Weinstraße sowie ein Besuch beim "Mußbacher Winzer" mit Verkostung des "Neuen Weins" zur Auswahl. Die Mitgliederversammlung klang mit einem gemütlichen Beisammensein im Weinlokal "Eselsburg" in Neustadt-Mußbach aus.

Allen, die zum Gelingen der Mitgliederversammlung beigetragen haben, sei noch einmal herzlich gedankt, ganz besonders Herrn RVG Bender.

- II. Am 25./26. November 2010 habe ich an der **Mitgliederversammlung des BDVR und des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V.** teilgenommen, die erstmals in Potsdam im Gebäude des dortigen Verwaltungsgerichts stattfand. Auch hier standen Neuwahlen der Vorstände auf dem Programm. Als Mitglieder des BDVR-Vorstands wurden einstimmig Herr Dr. Christoph Heydemann, Berlin (als Vorsitzender), Herr Rainer Hepp, Darmstadt (als Erster Stellvertreter), Herr Ulf Domgörgen, Leipzig (als Zweiter Stellvertreter), Herr Erich Müller-Fritzsche, Braunschweig, Herr Hans Oswald, München, und Herr Dr. Rolf Vondung, Stuttgart, wiedergewählt; neu in den Vorstand gewählt wurden Herr Thomas Lenhart, Weimar, und Herr Burkhard Ostermann, Minden. Nachdem unsere frühere Kollegin, Frau Heidi Stengelhofen (Leipzig), nicht erneut für das Amt der Kassenwartin beider Verbände kandidierte, ist auf ihren Vorschlag hin unser Kollege Martin Steinkühler zum neuen Kassenwart sowohl des BDVR (als Beauftragter des Vorstands) als auch des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag (als Mitglied des Vorstands) gewählt worden, so dass unser Landesverband auch weiterhin auf Bundesvorstandsebene vertreten sein wird.

Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung hatte der BDVR erneut die zuständige Referatsleiterin für das Verwaltungsprozessrecht im Bundesministerium der Justiz, Frau Dr. Christine Steinbeiß-Winkelmann, und erstmals den Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Herrn MdB Dr. Günter Krings, zu Gast. Frau Dr. Steinbeiß-Winkelmann berichtete über den Stand von Gesetzgebungsvorhaben in ihrem Referat. Der Entwurf eines Gesetzes zum Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren ist inzwischen im Bundestag eingebracht worden; für uns ist erfreulich, dass über Entschädigungsklagen nun doch das Obergericht der jeweils betroffenen Gerichtsbarkeit, bei Verfahren aus dem Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit also das OVG bzw. der VGH, entscheiden wird und dass bei der maßgeblichen Länge eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens die Dauer des Widerspruchsverfahrens nicht mitgerechnet wird, beides auch Anliegen unseres Verbandes. Es steht wohl zu erwarten, dass bei diesen Punkten keine Änderungen am Gesetzentwurf mehr vorgenommen werden und dass das Gesetz innerhalb der vom EGMR gesetzten Frist, also im Herbst 2011 in Kraft treten kann. Sowohl

Frau Dr. Steinbeiß-Winkelmann als auch Herr Dr. Krings bestätigten erneut, dass in der laufenden Legislaturperiode leider keine Fortschritte bei den Themen "Zusammenlegung der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit", "Rechtswegbereinigung im öffentlichen Recht" und "Reform des Staatshaftungsrechts" zu erwarten sind, weil die notwendigen qualifizierten Mehrheiten für die jeweils für erforderlich gehaltenen Verfassungsänderungen nicht in Sicht sind. Dabei gab sich Herr Dr. Krings als nachdrücklicher Befürworter sowohl der Zusammenlegung als auch der Reform des Staatshaftungsrechts zu erkennen. Interessant war am zweiten Tag der Versammlung auch das Grußwort des neuen brandenburgischen Justizministers Dr. Volkmar Schöneburg von der Partei "Die LINKE", der zur Justizpolitik überraschenderweise recht moderate, eher pragmatische Standpunkte vertrat. Einzelheiten der Beratungen können den Protokollen beider Versammlungen entnommen werden, die ich den Kolleginnen und Kollegen im aktiven Dienst bereits zugänglich gemacht habe, aber auch auf der Homepage des BDVR nachgelesen werden können.

- III. Im neuen Jahr wird der Verein Deutscher Verwaltungsgerichtstag wieder einen **Kleinen Verwaltungsgerichtstag** veranstalten, und zwar am **19. und 20. Mai 2011 in Köln**. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich diesen Termin vormerken und nach Möglichkeit freihalten würden. Über das Programm werde ich Sie bald näher informieren. Schon jetzt ist angekündigt, dass u. a. das Thema "Brauchen wir ein neues Verwaltungsverfahrensgesetz?" Gegenstand von Vorträgen und Diskussionen sein wird; auch ein Besuch beim WDR wird angeboten werden. Die geringe Entfernung zum Tagungsort Köln müsste eigentlich ein zusätzlicher Anreiz für eine zahlreichere Teilnahme aus unserem Landesverband sein als zuletzt in Kassel.
- IV. Wie bereits angekündigt, ist das **"Gemeinsame Positionspapier zur Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte in Rheinland-Pfalz"**, das von der VVR und dem Landesverband des Deutschen Richterbundes im Sommer herausgegeben wurde, Gegenstand von weiteren Gesprächen von Vertretern beider Verbände mit Landespolitikern gewesen. Am 7. Oktober 2010 bestand im Rahmen eines Gesprächs mit dem Arbeitskreis "Recht" der CDU-Landtagsfraktion, in dem hauptsächlich die Haushaltsansätze für die Justiz im Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2011 erörtert wurden, Gelegenheit, einige Punkte des Positionspapiers anzusprechen; ein vertiefendes Gespräch soll nach der Landtagswahl stattfinden. Am 5. November 2010 konnten wir alle Punkte des Positionspapiers mit dem rechtspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Herrn MdL Clemens Hoch, durchsprechen und stießen dabei durchaus auf Offenheit und Sympathie für unsere Vorstellungen; allerdings hält auch Herr Hoch die Forderung nach einem eigenständigen Landesrichterbesoldungsgesetz für schwer durchsetzbar, zumal die Rechtspfleger mit einer entsprechenden Forderung nachziehen könnten. Bei den Themen "Erfahrungsstufen" sowie "Leistungs- und Funktionszulagen" gab es keinen grundsätzlichen

Dissens. Was die Forderung nach einer deutlichen Anhebung der Richterbesoldung angeht, verwies Herr Hoch auf die schwierige Haushaltslage und die "Schuldenbremse", was schon jetzt die Durchsetzung sachlich eindeutig berechtigter Forderungen der Justiz in vergleichsweise geringer Höhe erschwere. Die Landesregierung wolle aber zumindest den anstehenden neuen Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst "1:1" auf die Beamten und Richter übertragen. Im Übrigen wolle man die Entwicklung der Richtergehälter in den anderen Bundesländern im Blick behalten und Sorge dafür tragen, dass der richterliche Dienst in Rheinland-Pfalz für qualifizierten Nachwuchs attraktiv bleibt. VVR und DRB werden die weitere Entwicklung genau verfolgen und spätestens nach der Landtagswahl wieder bei der Politik "vorstellig" werden.

- V. Am 14. Dezember 2010 fand – im Anschluss an unsere Vorstandssitzung an diesem Tage – das seit langem geplante **Gespräch des VVR-Vorstandes mit dem Vorstand der Fachvereinigung der Berufsrichter der Sozialgerichtsbarkeit Rheinland-Pfalz** statt, und zwar als zwangsloses Kennenlernetreffen ohne feste Tagesordnung in einem Weinlokal in Mainz. In angenehmer Gesprächsatmosphäre wurde u. a. über das Für und Wider des Modells des Deutschen Richterbundes für eine Selbstverwaltung der Justiz und über die Frage einer Reform des Widerspruchsverfahrens diskutiert. Das Treffen soll im nächsten Jahr zu gegebener Zeit wiederholt werden.
- VI. Die Berichterstattung in der "Rhein-Zeitung" aus Anlass der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts zu seiner Entscheidung im Konkurrentenstreit um das Amt des Präsidenten des OLG Koblenz, insbesondere diffamierende Äußerungen über die Verwaltungsrichterschaft in einigen Leserbriefen haben viele von uns empört. Ich habe mich veranlasst gesehen, in einem **Leserbrief** dazu Stellung zu nehmen, der am 25. November 2010 in der "Rhein-Zeitung" veröffentlicht wurde. Diejenigen, die den Leserbrief noch nicht kennen, werden ihn in Kürze auf unserer Homepage unter "Presse" nachlesen können.

Nun bleibt mir noch, mich im Namen des gesamten Vorstands bei Ihnen allen für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für Ihre Unterstützung im Jahr 2010 ganz herzlich zu bedanken, wie immer mit der herzlichen Bitte, uns auch im kommenden Jahr 2011 mit Rat und Tat zu unterstützen!

Mit den besten Wünschen für ein frohes, friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches Jahr 2011

für den Vorstand

(Hartmut Müller-Rentschler)